Überblick: Unternehmen in wirtschaftlicher Schieflage (UWP 1/2024 bis UWP) 3/2025

Wirtschaftsprüfer

Potentielle Krise – **Latente Krise** – **Beherrschbare Krise** → **Nicht beherrschbare Krise**

Bedrohungsgrad, Handlungsdruck und Aufgabenkomplexität nehmen zu

Zeitablauf

Nachteilige Entwicklungen im Unternehmen (oft ein schleichender Prozess)

Stakeholder-Krise	Strategie-Krise	Erfolgs-Krise	Aufzehrung Eigenkapital	Liquiditätskrise	Insolvenzreife
Austausch und Zusammenarbeit mit den eigenen Anspruchsgruppen im Unternehmen ist gestört	Fehlerhafte strategische Entscheidungen (zer-) stören langfristig wirkende Erfolgsfaktoren	Sinkende Umsatz-zahlen	Eigenkapital wird nachhaltig angegriffen	Zahlungsfähigkeit und vertraglich vereinbarte Tilgung von Darlehen ist nachhaltig gefährdet -z.B. dauerhafte Ausnutzung der (jederzeit täglich fälligen) Kreditlinien	Zahlungsunfähigkeit Überschuldung

Krisen-früherkennung

Krisen-einstellung

Krisenfrüherkennung = zentrale Bedeutung beim StaRuG

(je früher wirtschaftliche Schieflage erkannt wird, desto eher ist Krise noch steuerbar, d.h. das Unternehmen ist noch sanierbar, da unternehmerische Substanz und finanzielle Mittel noch nicht verbraucht sind

Sorgfaltspflicht

Sorgfaltspflicht für Geschäftsführer haftungsbeschränkter Rechtsformen: fortlaufende Überwachung der Entwicklungen auf bestandsgefährdende Ereignisse + ggf. Krisenreaktions- und Sanierungspflicht (§ 93 I AktG, § 43 I GmbHG, § 84a II BGB) **Nachweis System der Krisenfrüherkennung und des Krisenmanagements nach § 1 Abs. 1 StaRuG**

IDW ES 16 Ausgestaltung der Krisenfrüherkennung und des Krisenmanagements nach § 1 StaRUG (03.02.2025)

Einbindung StB/WP in Frühwarnsystem: **Hinweis- und Warnpflichten über mögliche Insolvenzgründe nach § 102 StaRuG**

Haftung!

Pflicht des Geschäftsleiters: Fortlaufende revolvierende Liquiditätsplanung für mindestens 24 Monate!

IDW PH 02/2017 „Beurteilung einer Unternehmensplanung…" (02.01.2017)

IDW S 6 „Anforderungen an Sanierungskonzepte" (22.06.2023) inkl. FAQ zum IDW S 6

IDW ES 11 n.F. Beurteilung des Vorliegens von Insolvenzeröffnungsgründen (27.09.2022)

Jahresabschlussprüfung: Beurteilung going-concern

IDW PS 270 n.F. (10.2021)
Die Beurteilung der Fortführung der Unternehmenstätigkeit im Rahmen der Abschlussprüfung

Keine relevante Liquiditätsunterdeckung innerhalb der nächsten 24 Monate	Relevante Liquiditätsunterdeckung innerhalb der nächsten 24 Monate § 18 II 1 InsO n.F.	Relevante Liquiditätsunterdeckung innerhalb der nächsten 12 Monate § 19 II 2 InsO n.F.	Relevante Liquiditätsunterdeckung am Stichtag
fakultativ	fakultativ	fakultativ	fakultativ

Sanierungsmoderation §§ 94-100 StaRUG

Ziel: Frühzeitig wirtschaftliche oder finanzielle Schwierigkeiten mit **Unterstützung einer sachkundigen Person** durch Ausarbeitung eines **Sanierungsvergleichs** zu überwinden

Antrag bei Gericht

- Beschreibung der Art der wirtschaftlichen/finanziellen Schwierigkeiten
- Gläubiger- und Vermögensverzeichnis
- Erklärung: keine Zahlungsunfähigkeit/Überschuldung vorliegt

↓

Gericht: Bestellung **unabhängiger Sanierungsmoderator**

↓

Sanierungsvergleich

Verfahren Laufzeit idR 3 Monate (max. 6 Monate)

Vorteile

- Niedrige Zugangshürden zum Verfahren
- Vertraulichkeit der Sanierungsmoderation (Reputationsschutz des Schuldners)

Drohende Zahlungsunfähigkeit § 18 InsO

§ 29 StaRUG

Beseitigung Deckungslücke ggf. **auf Grund** Restrukturierung nach **StaRUG**

Beseitigung **überwiegend wahrscheinlich?**

ja → **Positive** Fortführungs-prognose

nein → **Negative** Fortführungs-prognose

↓

Überschuldung § 19 InsO

↓ zwingend

(präventiver) Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen §§ 2-93 StaRUG

Ziel: Für Unternehmen in der Krise ein Instrumentarium zur Verfügung zu stellen, durch das sie sich restrukturieren können, ohne formales Insolvenzverfahren eröffnen zu müssen

Kernelement: Restrukturierungsplan (Regelung der wesentlichen Maßnahmen der Sanierung, Aufstellung und Inkraftsetzung ggf. ohne gerichtliche Beteiligung möglich) §§ 2ff. StaRUG

Flankierend: Werkzeugkasten an Instrumenten (Ziel: Erleichterung der Aufstellung und Umsetzung des Restrukturierungsplans)

Anzeige bei Gericht

- Zahlreiche Unterlagen einzureichen….
- ggf. Bestellung eines **Restrukturierungsbeauftragten**
- Schuldner, Gläubiger etc.: **Vorschlagsrecht** für Restrukturierungsbeauftragten
- Sofern **Bescheinigung nach § 74 II 1 + 2 StaRUG** vorgelegt wird, **ist Gericht** an den Vorschlag **gebunden**

Bescheinigung § 74 II 1+2 StaRUG

Bescheinigung, dass Schuldner die Voraussetzungen des § 51 I + II StaRUG erfüllt: u.a.

- Planung beruht nicht auf unzutreffenden Tatsachen
- Restrukturierung ist nicht mangels erwartbarer Plannahme- oder -bestätigung aussichtslos
- Schuldner ist noch nicht drohend zahlungsunfähig
- Beantragte Anordnung ist erforderlich, um das Restrukturierungsziel zu verwirklichen

IDW S 15 Anforderungen an die Bescheinigung nach § 74 Abs. 2 StaRUG und Beurteilung der Voraussetzungen der Stabilisierungsanordnung (§ 51 StaRUG) (18.08.2022)

Vorteile

- Grundsätzlich: nicht-öffentliches Verfahren, an dem nur betroffene Gläubiger und ggf. Anteilseigner beteiligt werden; Vermeidung des Stigmas einer Insolvenz
- Restrukturierung ohne Zustimmung einzelner Gläubiger möglich
- V.a. für Unternehmen mit hoher Finanzverbindlichkeits-Belastung

Relevante Liquiditätsunterdeckung am Stichtag

Deckungslücke kann innerhalb **3 Wochen** beseitigt werden?

nein → Deckungslücke **< 10%** der fälligen Gesamtverbindlichkeit

nein → Deckungslücke **≥ 10%** der fälligen Gesamtverbindlich-keit

Kann Deckungslücke innerhalb von **3-6 Monaten** sehr wahr-scheinlich beseitigt werden?

nein → **Zahlungsunfähigkeit § 17 InsO**

↓ zwingend

ja → Zahlungsstockung

ja → ↓ zwingend

Insolvenzverfahren

Regel-Insolvenzverfahren	Schutzschirmverfahren	Insolvenzplanverfahren
Externer Insolvenzverwalter	Eigenverwaltung durch Geschäftsführung	Eigenverwaltung durch Geschäftsführung
Verfahren dauert idR 3 oder mehr Jahre	Unternehmen darf **noch nicht zahlungsunfähig** sein!	Ziel: schnelle Entschuldung innerhalb von 4-12 Monaten durch **Einmalzahlung eines Geldgebers**
Ziel: Gläubiger in ihrer Gesamtheit bestmöglich und gleichmäßig zu befriedigen	Am Ende idR: **Schuldenschnitt**	Grundlage = **Insolvenzplan** dem **alle** Gläubiger zustimmen müssen
Zerschlagung oder Sanierung des Unternehmens	**Vorteile**	
IDW S 6 Sanierungsgutachten inkl. FAQ zum IDW S 6	– Schutz vor Vollstreckungsmaßnah-men der Gläubiger – Monatliche Betriebsausgaben: Aufschub für 3 Monate möglich – Ausstieg, aus unwirtschaftlichen Miet-, Pacht- oder Leasingverträgen – Kündigungen ohne Sozialplan und Kündigungsfristen möglich	IDW S 2 Anforderungen an Insolvenzpläne (18.11.2019) IDW ES 2 n.F. Anforderungen an Insolvenzpläne (27.09.2022)
	IDW S 9 „Schutzschirmbescheinigung" Bescheinigung nach § 270d InsO und Beurteilung der Anforderungen nach § 270a InsO (18.08.2022)	

Handlungszwang oder -bedarf

WP/vBP-Praxis:				Index/Ablageort:
Prüfung: **JA und LB**	Stichtag:	Hz. Prüfer:	ggf. Hz. Prüfungsleiter:	ggf. Hz. Verantwortlicher WP/vBP:
		Datum:	Datum:	Datum:
Mandant (Name):	ggf. Mandantennummer:			

Prüfung der Fortführung der Unternehmenstätigkeit

Bearbeitung beendet? ☐

Nr.	Prüfungshandlungen	entf.	ja	nein	Nicht erforderlich wg. Größe, Komplexität	Bemerkungen ☒ Ja, s. letzte Seite
1.	**Allgemeine Prüfungshandlungen zur Fortführungsannahme**					
1.1	Liegt eine **Fortführungsprognose** der gesetzlichen Vertreter vor?					
1.2	Kann auf diese ggf. aufgrund **offensichtlicher Nichtgefährdung** bei - **nachhaltigen Gewinnen**, - der Möglichkeit eines **leichten Rückgriffs auf finanzielle Mittel** und - dem Fehlen von Anzeichen einer bilanziellen Überschuldung **verzichtet** werden? Bei „JA“ weiter mit Frage 6.					
1.3	Wurden ansonsten die gesetzlichen Vertreter aufgefordert, eine Fortführungsprognose zu erstellen, oder sie entsprechend befragt?					
1.4	Wurde die Fortführungsprognose von den gesetzlichen Vertretern anhand eines **Finanzplans** dokumentiert?					
1.5	Gibt es **Anzeichen** für eine wesentliche Unsicherheit oder Ereignisse und Gegebenheiten, die bedeutsame Zweifel an der Unternehmensführung aufwerfen können?					
1.6	Liegen **rechtliche Gegebenheiten** vor, die gegen eine Fortführung der Unternehmenstätigkeit sprechen? - Vorliegen einer **Insolvenzantragspflicht** - Stellung eines Insolvenzantrags - **Eröffnung** eines **Insolvenzverfahrens** - **Drohende Insolvenz**					

Nr.	Prüfungshandlungen	entf.	ja	nein	Nicht erforderlich wg.Größe, Komplexität	Bemerkungen ☒ Ja, s. letzte Seite
1.7	Liegen **tatsächliche Gegebenheiten** vor, die gegen eine Fortführung der Unternehmenstätigkeit sprechen? Finanzielle Gegebenheiten - Eingetretene oder erwartete **bilanzielle Überschuldung** - Unfähigkeit, **bei Fälligkeit weder Kredite zurückzuzahlen noch** die diese zu **verlängern** - **Unfähigkeit**, **Zahlungen** bei Fälligkeit an Gläubiger zu leisten - **Ausschüttungsrückstände** oder Aussetzen der Ausschüttung - **Kreditlinien** stehen nicht mehr zur Verfügung - Kreditgewährung nur gegen **Sicherheitengestellung** von Dritten - **Fehlende Zahlungsziele** von Lieferanten - **Nichteinhaltung** von **Darlehensvereinbarungen** - Überwiegend **kurzfristige Finanzierung langfristiger Vermögensgegenstände** - Einsatz von Finanzinstrumenten außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit - Vorliegen einer **nachhaltigen Verlustsituation** - **Negatives Working Capital** - **Ungünstige** Ausprägung anderer **wichtiger Finanzkennzahlen** Betriebliche Gegebenheiten - Liquidationsabsichten der Gesellschafter - **Wegfall wichtiger Absatz- oder Beschaffungsmärkte** bzw. bedeutsamer Kunden oder Lieferanten - **Ausscheiden von Führungskräften** ohne vergleichbaren Ersatz - **Belieferungsengpässe** - Markteintritt eines bedeutsamen Konkurrenten Sonstige Gegebenheiten - **Gesetzesänderungen** - Verstoß gegen **Eigenkapitalvorschriften** oder andere rechtliche Vorschriften - **Anhängige Gerichtsverfahren** mit drohenden hohen Ansprüchen gegen das Unternehmen - **Unzureichender Versicherungsschutz** bei Eintritt in die Katastrophe					
1.8	Stehen Möglichkeiten zur Verfügung, das **Risiko abzuschwächen**? - Erklärung der **Nachrangigkeit** von Darlehen - Verpflichtung zur Bereitstellung bzw. Aufrechterhaltung **zusätzlicher finanzieller Mittel** - Gewährung von **Bürgschaften** - Erteilung einer harten **Patronatserklärung** - **Forderungsverzichte** - Erklärung des **Rangrücktritts**					
1.9	Sind diese Möglichkeiten **realistisch**?					
1.10	Gibt es **Nachweise** über die Beurteilung der finanziellen Fähigkeit von potenziellen Geldgebern?					

Nr.	Prüfungshandlungen	entf.	ja	nein	Nicht erforderlich wg.Größe, Komplexität	Bemerkungen ☒ Ja, s. letzte Seite
1.11	Gibt es Nachweise zu den **Konditionen**?					
1.12	Sofern **keine Nachweise** verfügbar sind, wurden **schriftliche Erklärungen der gesetzlichen Vertreter** angefordert?					
2.	**Prüfung der Dokumentation der Fortführungsprognose – zeitliche Aspekte**					
2.1	Umfasst der **Finanzplan** mindestens einen Zeitraum von **12 Monaten** nach dem Abschlussstichtag?					
2.2	Wurde als Abschlussprüfer gewürdigt, dass mit **zunehmender Länge** des Prognosezeitraums die **Prognosesicherheit abnimmt**?					
2.3	Haben sich bei der Prüfung keine Anzeichen ergeben, dass **vor dem Erstellungszeitpunkt Tatsachen bekannt** waren, die zu einer **Überschuldung/Zahlungsunfähigkeit nach Ablauf** des **12-Monats-Zeitraums** führen?					
2.4	Gibt es Anzeichen dafür, dass die **Aufstellung** des Jahresabschlusses **bewusst verzögert** wurde, um im Prognosezeitraum zu verkürzen?					
2.5	Wenn ja, wurden die gesetzlichen Vertreter **aufgefordert**, den **Prognosezeitraum auszudehnen**?					
3.	**Prüfung der Dokumentation der Fortführungsprognose – inhaltliche Aspekte**					
3.1	**Vollständigkeit der Planungen**					
3.1.1	Wurden unter den Zahlungsverpflichtungen **sämtliche fällige Zahlungen** berücksichtigt?					
3.1.2	Wurden Verbindlichkeiten, bei denen die Zahlung **gestundet** wurde, ausgesondert?					
3.1.3	Wurden auf dem Rechtsweg geltende Zahlungsverpflichtungen ordnungsgemäß aufgenommen?					
3.1.4	Wurde geprüft, ob bei evtl. ausgesonderten **Steuerverbindlichkeiten** ein Bescheid über die **Aussetzung der Vollziehung** oder Stundung vorliegt?					
3.1.5	Wurden **offene Kreditlinien** in der Finanzplanung zutreffend berücksichtigt?					
3.1.6	Wurde die **Finanzplanung** zutreffend aus der **allgemeinen Umsatz- und Kostenplanung** abgeleitet?					
3.1.7	Wurden **Planbilanzen** erstellt?					

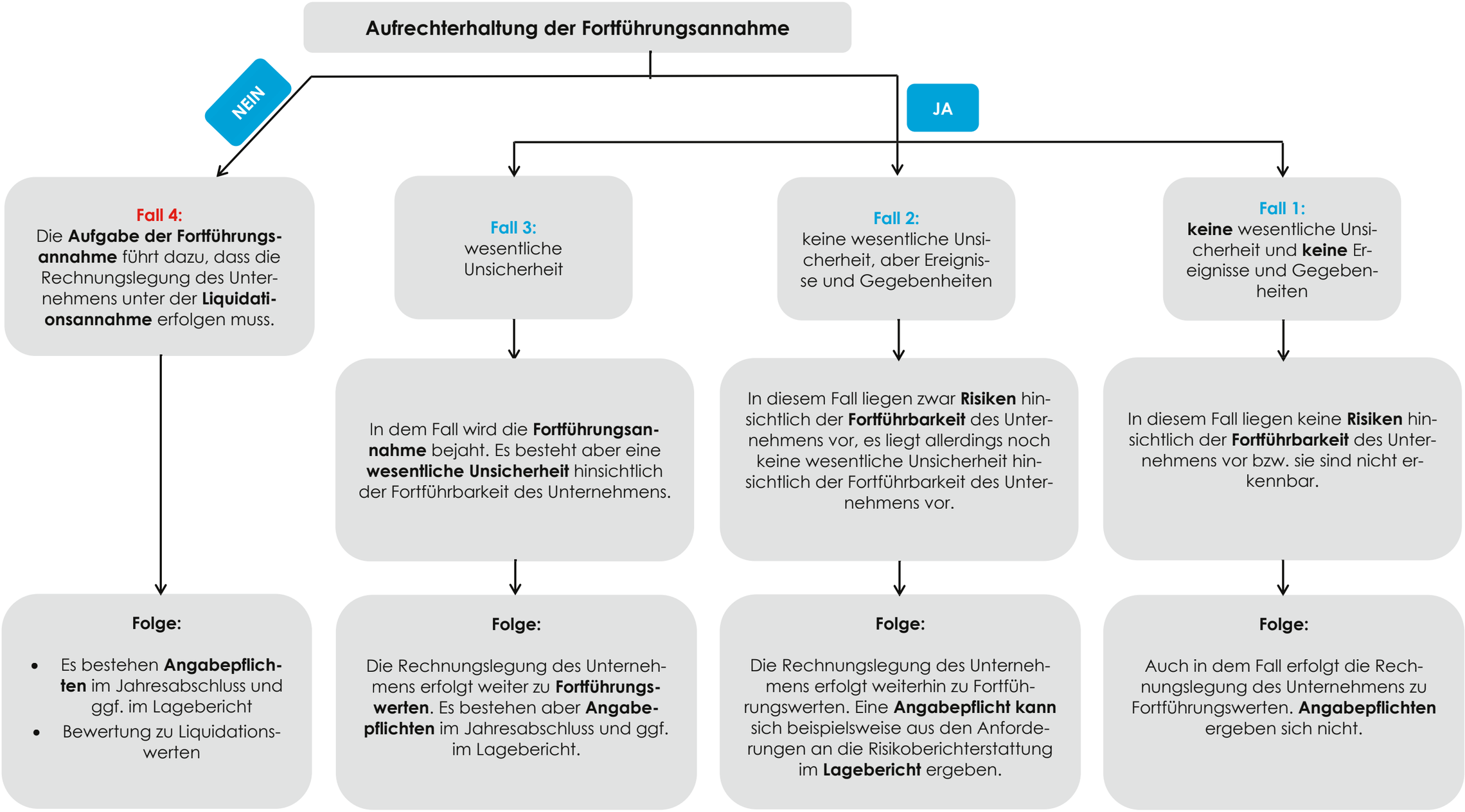
Nr.	Prüfungshandlungen	entf.	ja	nein	Nicht erforderlich wg.Größe, Komplexität	Bemerkungen ☒ Ja, s. letzte Seite
3.1.8	Wurden **liquiditätssichernde** Maßnahmen - **Rangrücktritte** auf Gesellschafterdarlehen - Geplante **Kapitalerhöhungen** - **Forderungsverzichte** - Gewährung von **Bürgschaften** - Erteilung von **harten Patronatserklärungen** in der Finanzplanung angemessen berücksichtigt?					
3.2	**Verlässlichkeit der Planungen**					
3.2.1	Sind die Planungsrechnungen **plausibilisierbar** mit Nachweisen - Auftragsbestand - Materialpreisentwicklung - Realisierbarkeit von geplanten Veräußerungen von Vermögenswerten					
3.2.2	Berücksichtigt die Planungsrechnung die **IST-Werte** zwischen **Abschlussstichtag** und **Prüfungszeitpunkt**?					
3.2.3	Wurde der **letzte Zwischenabschluss** bzw. die letzte **BWA** analysiert?					
3.2.4	Wurden die **Vertragskonditionen** hinsichtlich eventueller Verstöße durchgesehen?					
3.2.5	Wurden die **Protokolle wichtiger Gremien** auf Hinweise von Finanzierungsschwierigkeiten durchgesehen?					
3.2.6	Wurden **Nachweise über das Vorhandensein von Kreditlinien und Sicherheiten eingeholt**?					
3.2.7	Sind seit Erstellung des Finanzplans **zusätzliche Informationen oder Tatsachen bekannt** geworden?					
4.	**Sicherung der Zahlungsfähigkeit**					
4.1	Ergibt sich aus dem **Ist-Stand**, dass der Mandant seine Zahlungsverpflichtungen erfüllen kann?					
4.2	Kann eine aufgrund des Ist-Standes bestehende **Unterdeckung** innerhalb von **maximal sechs Monaten beseitigt** werden?					
4.3	Wurde berücksichtigt, dass im Planungszeitraum **nicht schließbare Deckungslücken** zur **Zahlungsunfähigkeit** führen, auch wenn sie in geringem Umfang sind?					
4.4	**Bedient** das zu prüfende Unternehmen den **wesentlichen Teil seiner Zahlungsverpflichtungen** (ansonsten Zahlungseinstellung)?					

Nr.	Prüfungshandlungen	entf.	ja	nein	Nicht erforderlich wg.Größe, Komplexität	Bemerkungen ☒ Ja, s. letzte Seite
4.5	Leistet das zu prüfende Unternehmen zur **Beseitigung der Zahlungseinstellung Zahlungen** an alle Gläubiger, **auch an solche**, deren Forderung **erst nach Zahlungseinstellung fällig** wurde?					
4.6	Kann aufgrund der Finanzplanung davon ausgegangen werden, dass die zur Verfügung stehenden **Finanzmittel** zur Erfüllung der fälligen Zahlungsverpflichtungen **ausreichen**?					
4.7	Kann eine vorhandene Liquiditätslücke durch **Kredit- bzw. Kapitalbeschaffung** ausgeglichen werden?					
5.	**Dokumentation**					
5.1	Wurden die Grundlagen der Finanzplanung durch die **gesetzlichen Vertreter angemessen dokumentiert**?					
5.2	Wurde die **Beurteilung der Zahlungsfähigkeit** des Unternehmens angemessen und schlüssig dokumentiert?					
5.3	Wurde die **Kommunikation der Zahlungsfähigkeit** mit der **Geschäftsleitung** und den **für die Überwachung eines Unternehmens verantwortlichen Personen** angemessen dokumentiert?					
6.	**Schlussfolgerungen der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und ggf. den Lagebericht?**					
6.1	Wurde der **Jahresabschluss** unter **Anwendung** der **Fortführungsannahme** aufgestellt?					
6.2	Wurden bei Vorliegen einer wesentlichen Unsicherheit oder Ereignissen bzw. Gegebenheiten, die bedeutsame Zweifel an der Unternehmensfortführung aufwerfen, die **Angabepflichten im Jahresabschluss und ggf. im Lagebericht** beachtet?					
7.	**Schlussfolgerungen des Abschlussprüfers**					
	Ist die **Anwendung bzw. Nichtanwendung** der Going-Concern-Prämisse **durch die gesetzlichen Vertreter** bei der Aufstellung des Jahresabschlusses und ggf. des Lageberichts angemessen, d.h. **ordnungsgemäß bzw. sachgerecht**?					

Nr.	Prüfungshandlungen	entf.	ja	nein	Nicht erforderlich wg.Größe, Komplexität	Bemerkungen ☒ Ja, s. letzte Seite
7.1	**Schlussfolgerungen des Abschlussprüfers bei Vorliegen einer wesentlichen Unsicherheit oder von Ereignissen oder Gegebenheiten, die bedeutsame Zweifel an der Fortführbarkeit des Unternehmens aufwerfen**					
	Sind die **Angaben** im Jahresabschluss und ggf. im Lagebericht **angemessen**? - **Angemessenheit der Darstellung** im Abschluss der wesentlichen Unsicherheit und der Pläne der gesetzlichen Vertreter, damit umzugehen - **Eindeutigkeit der Angabe**, dass bedeutsame Zweifel an der Fortführung der Unternehmenstätigkeit bestehen - Vollständigkeit der Angaben im Lagebericht - Ist ein **ggf. ein Querverweis zur Vermeidung** der doppelten Darstellung vorhanden?					
7.2	**Schlussfolgerungen des Abschlussprüfers bei Nichtvorliegen von bedeutsamen Ereignissen oder Gegebenheiten, die Zweifel an der Fortführbarkeit des Unternehmens aufwerfen**					
	Liegen Ereignisse oder Gegebenheiten vor, sind diese aber nicht bedeutsam, sind Angaben im Jahresabschluss und ggf. Lagebericht grundsätzlich nicht erforderlich. Wurden aber **ggf. nach DRS 20 notwendige Angaben** gemacht?					
8.	**Prüfungsfeststellung**					
	Gelangen Sie als Prüfer dieses Prüffeldes zur Feststellung, dass sich aus den vorstehenden Prüfungshandlungen **keine wesentlichen Beanstandungen e**rgeben und insoweit **Übereinstimmung mit den für die Rechnungslegung relevanten Vorschriften gegeben** ist?					

Aufrechterhaltung der Fortführungsannahme

Je nach Ausprägung des Risikos ergeben sich für die gesetzlichen Vertreter unterschiedliche Bilanzierungs- und Angabepflichten.



Schlussfolgerungen zur Fortführungsannahme

Schlussfolgerungen zur Fortführungsmaßnahme
Ergebnis der geschilderten Prüfungsmaßnahmen mündet in die Schlussfolgerung des Abschlussprüfers, ob 1. Die Anwendung bzw. Nichtanwendung der Going-Concern-Prämisse angemessen ist 2. Wesentliche Unsicherheit vorliegt 3. Ereignisse oder Gelegenheiten vorliegen, die Zweifel an der Unternehmensfortführung aufwerfen.

Fall 1: Schlussfolgerungen zur Angemessenheit von Angaben im Abschluss und im Lagebericht bei wesentlicher Unsicherheit

Der Abschlussprüfer hat zu beurteilen, ob die **Angaben** im Jahresabschluss und im Lagebericht **angemessen** sind.

Er hat dafür festzustellen:

- **Angemessenheit** der **Darstellung** im Abschluss bezogen auf die **wesentliche Unsicherheit** und die **Pläne** der gesetzlichen Vertreter, damit umzugehen;
- **Eindeutigkeit** der Angabe, dass **bedeutsame Zweifel** an der **Fortführung** der Unternehmenstätigkeit **bestehen** mit dem Risiko, Schulden nicht zu begleichen oder Vermögenswerte nicht zu realisieren;
- **Vollständigkeit** und **Angemessenheit** der Angaben im Lagebericht hinsichtlich der Beurteilung und Erläuterung der **voraussichtlichen Entwicklung** des Unternehmens mit ihren **Chancen** und **Risiken**.

Ist auch ein **Lagebericht** aufzustellen, ist es ausreichend, wenn die **Angabe einmal** gemacht wird.

Der Abschlussprüfer muss dann feststellen, ob:

- ein Querverweis im Abschluss oder (ausnahmsweise) im Lagebericht vorliegt,
- unter eindeutiger Bezugnahme auf die wesentliche Unsicherheit.

Die Ausnahme besteht darin, dass die wirtschaftliche Bedeutung **wesentlicher Unsicherheit** für die künftige Unternehmensentwicklung **Pflichtbestandteil** im Lagebericht ist. Die Darstellung erfolgt dort im Rahmen der **Chancen- und Risikoberichterstattung**.

Praxishinweis:

Im Rahmen der Berichterstattung ist mit erheblichen Widerständen zu rechnen. Diese Vorbehalte werden noch stärker werden, wenn keine wesentliche Unsicherheit vorliegt. Das trifft aufgrund der Pflichtangabe im Lagebericht aber nur Unternehmen, die keinen Lagebericht aufstellen müssen.

Fall 2: Schlussfolgerungen zur Angemessenheit von Angaben im Abschluss und im Lagebericht bei Ereignissen oder Gegebenheiten und keiner wesentlichen Unsicherheit

Bestehen bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Unternehmensfortführung, muss der Abschlussprüfer die Angemessenheit derselben Angaben wie im ersten Fall feststellen.

Werden hingegen keine bedeutsamen Zweifel aufgeworfen, ist grundsätzlich keine Angabe im Anhang und ggf. im Lagebericht notwendig. Es können aber Angaben nach IAS 1.122 oder DRS 20 einschlägig sein.

Praxishinweis:

Die Abwägung, ob eine Angabe in Rahmen der Generalnorm notwendig ist, als auch die Durchsetzung der Angaben im Abschluss wird in der Praxis häufig schwierig sein.

Angaben zur wesentlichen Unsicherheit bzw. Nichtfortführbarkeit

Angaben zur wesentlichen Unsicherheit bzw. Nichtfortführbarkeit

Fortführungsannahme angemessen	Nichtfortführungsannahme angemessen	Annahme nicht angemessen
Fall 1 Dabei handelt es sich um ein Unternehmen, bei dem nach Durchführung ausreichender Prüfungshandlungen **offenkundig keine Gefährdung** vorliegt. • In dem Fall wird der Abschlussprüfer einen **nicht modifizierten Bestätigungsvermerk** erteilen. **Hinweise** sind **nicht** erforderlich	**Fall 4** Die gesetzlichen Vertreter sind **zutreffend** von der **Nichtfortführungsannahme** ausgegangen. Sie haben das auch **angemessen** im Jahresabschluss und ggf. im Lagebericht **dokumentiert**. • Der Abschlussprüfer wird einen **nicht modifizierten Bestätigungsvermerk** erteilen. Es ist ein **Hinweis** nach IDW PS 406 n.F. **erforderlich**, in der auf die Aufgabe der Fortführungsannahme hingewiesen wird. Außerdem sollte **auf** die **Darstellung** im **Abschluss** und ggf. im **Lagebericht Bezug** genommen werden.	**Fall 6** Die **Fortführungsannahme** wird durch die gesetzlichen Vertreter **unzutreffend** angenommen, **unabhängig** davon, ob die zu machenden Angaben **angemessen** sind **oder nicht**. • Der Abschlussprüfer hat den Bestätigungsvermerk **zwingend** zu **versagen**.
Fall 2 In diesem Fall wird vom Unternehmen **zutreffend die Fortführungsannahme** unterstellt. Gleichzeitig liegt eine **wesentliche Unsicherheit** vor, oder es sind Risiken erkennbar. Über die **Risiken** haben die **gesetzlichen Vertreter** jedoch **hinreichend informiert**. • Der Abschlussprüfer wird dann einen **nicht modifizierten Bestätigungsvermerk** erteilen. • Im Bestätigungsvermerk ist auf **die bestandsgefährdenden Risiken gesondert** nach § 322 Abs. 2 Satz 3 und 4 HGB **einzugehen**. In der Anlage 1 zum IDW PS 270 n.F. wird ein **Formulierungsbeispiel** (**„besonderer Hinweis“**) zu dem gesonderten Abschnitt im Bestätigungsvermerk gegeben. Ein **Hinweis** im Sinne von IDW PS 406 n.F. reicht nicht aus.	**Fall 5** Die gesetzlichen Vertreter sind ebenfalls **zutreffend** von der **Nichtfortführungsannahme** ausgegangen. Es ist aber **nicht angemessen** im Jahresabschluss bzw. im Lagebericht **dokumentiert**. • Der Abschlussprüfer wird den Bestätigungsvermerk entweder **einschränken** oder **versagen**.	
Fall 3 Zwar wird in diesem Fall die **Fortführungsannahme** durch die gesetzlichen Vertreter **zutreffend** angenommen, allerdings sind die zu machenden **Angaben nicht angemessen**. • Der Abschlussprüfer wird dann **grundsätzlich** den **Bestätigungsvermerk** je nach Reichweite des Mangels entweder **einschränken** oder **versagen**.		

Muster: Belehrungsschreiben mit Hinweis auf StaRUG

XXX · XXX · XXX XXX

Geschäftsführer/in der
Mandat ABC OHG
Musterstraße 1
12345 Musterstadt

Bitte zuvor rechtlichen Rat einholen

Tz

Baden-Baden, 25.04.02 1

Jahresabschluss zum 31.12.01 2
Hinweis entsprechend dem Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen – StaRUG i.V.m. Insolvenzordnung (vgl. § 102 StaRUG)
Pflichten der Geschäftsführer und der Überwachungsorgane (Gesellschafter) (vgl. § 1 StaRUG)

Sehr geehrte Frau Muster, 3
sehr geehrter Herr Muster,

gerne haben wir zum 31.03.02 die aktuelle laufende Buchhaltung sowie auf Grundlage der Buchhaltung 01 den Jahresabschluss zum 31.12.01 für Ihr Unternehmen erstellt. 4

In diesem Zusammenhang dürfen wir Ihnen **nachfolgende ergänzende Hinweise** geben: 5

Die **Verantwortung für die Rechnungslegung** und die uns gegenüber gemachten Angaben trägt die Geschäftsführung. 6

1. Bei Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.01 unter Einbeziehung der aktuellen Buchhaltungsunterlagen und Auswertungen für die Monate Januar, Februar und März 2022 haben wir festgestellt, dass das Unternehmen Jahresfehlbeträge erwirtschaftet hat. 7
2. Die aktuelle Ertragssituation im ersten Quartal 02 ist nicht zufriedenstellend. Die Liquiditätsreserve Ihres Unternehmens nimmt zunehmend schneller ab. 8
3. Bitte analysieren Sie den Ihnen vorliegenden Jahresabschluss sowie die betriebswirtschaftlichen Auswertungen (BWAs) genau, insbesondere in Anbetracht der nachfolgend genauer erläuterten Pflichtenlage. 9

Um einer möglichen Insolvenzantragspflicht wegen 10

- Überschuldung oder
- Zahlungsunfähigkeit

rechtzeitig vorzubeugen, empfehlen wir jetzt oder **zeitnah Maßnahmen zu ergreifen**, um der negativen Entwicklung Ihres Unternehmens rechtzeitig entgegenzuwirken.

Pflichtenlage der gesetzlichen Vertreter 11

Wir weisen Sie darauf hin, dass Sie als Geschäftsführer/in, stets und in eigener Verantwortung, fortlaufend – auch unterjährig – über die Entwicklungen, welche den Fortbestand der Unternehmen gefährden können, wachen müssen (**Überwachungspflicht**). 12

Werden solche Entwicklungen erkannt, 13

1. müssen geeignete Gegenmaßnahmen ergriffen und
2. den Gesellschaftern bzw. den Überwachungsorganen gegenüber Bericht erstattet werden **(Informationspflicht § 1 StaRUG)**:

> *„(1) Die **Mitglieder des zur Geschäftsführung** berufenen Organs einer juristischen Person (Geschäftsleiter) (1) **wachen fortlaufend** über Entwicklungen, welche den Fortbestand der juristischen Person gefährden können. Erkennen sie solche Entwicklungen, ergreifen sie (2) **geeignete Gegenmaßnahmen und erstatten den zur Überwachung** der Geschäftsleitung berufenen Organen (Überwachungsorganen) (3) **unverzüglich Bericht**. Berühren die zu ergreifenden Maßnahmen die Zuständigkeiten anderer Organe, wirken die Geschäftsleiter unverzüglich auf deren Befassung hin.*
> *(2) Bei **Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit** im Sinne von § 15a Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 der Insolvenzordnung gilt Absatz 1 entsprechend für die Geschäftsleiter der zur Geschäftsführung berufenen Gesellschafter.*
> *(3) **Weitergehende Pflichten**, die sich aus anderen Gesetzen ergeben, bleiben unberührt."* 14

Als **Maßnahmen**, die Sie bereits mit Ihrem Berater in unserem Hause fernmündlich erörtert haben, kommen in Ihrem Falle beispielsweise in Betracht: 15

- Zuführung neuen Kapitals nach (Teil-) Veräußerung des ungenutzten Grundstücks oder des Immobilienkomplexes in 12345 Musterstadt
- Umnutzung, Betreiben, Verkaufen, Vermieten von Gebäudeteilen oder einzelner Gebäudeteile für nicht-betriebliche Zwecke oder andere neue Verwendungen, z.B. Nutzung als Altersresidenz oder Seniorenzentrum.

Bitte beachten Sie 16

- ungeachtet der eingeleiteten Maßnahmen in diesem Zusammenhang auch ergänzend Ihre Pflichten **bei Vorliegen eines möglichen Insolvenzgrundes nach den §§ 17 bis 19 Insolvenzordnung** (nachfolgend dargestellt) und
- die sich daran anknüpfenden Pflichten der Geschäftsführer und Mitglieder der Überwachungsorgane (Gesellschafter).

Holen Sie hierzu gegebenenfalls rechtlichen Rat eines Fachjuristen oder eines anderen Fachkundigen ein. 17

Solange eine **drohende Zahlungsunfähigkeit** vorliegt, bietet das **StaRuG neue Gestaltungsmöglichkeiten** zur Sanierung und Restrukturierung, um eine Insolvenz zu vermeiden. 18

Gestaltungsmöglichkeiten bestehen hier jedoch nur, solange keine Insolvenzantragspflicht geboten ist.

Auszüge aus der Insolvenzordnung (InsO) 19

„***§ 17 Zahlungsunfähigkeit*** 20

(1) Allgemeiner Eröffnungsgrund ist die Zahlungsunfähigkeit.

(2) Der Schuldner ist zahlungsunfähig, wenn er nicht in der Lage ist, die fälligen Zahlungspflichten zu erfüllen. Zahlungsunfähigkeit ist in der Regel anzunehmen, wenn der Schuldner seine Zahlungen eingestellt hat.“

„***§ 18 Drohende Zahlungsunfähigkeit*** 21

(1) Beantragt der Schuldner die Eröffnung des Insolvenzverfahrens, so ist auch die drohende Zahlungsunfähigkeit Eröffnungsgrund.

(2) Der Schuldner droht zahlungsunfähig zu werden, wenn er voraussichtlich nicht in der Lage sein wird, die bestehenden Zahlungspflichten im Zeitpunkt der Fälligkeit zu erfüllen. In aller Regel ist ein Prognosezeitraum von 24 Monaten zugrunde zu legen.

(3) Wird bei einer juristischen Person oder einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit der Antrag nicht von allen Mitgliedern des Vertretungsorgans, allen persönlich haftenden Gesellschaftern oder allen Abwicklern gestellt, so ist Absatz 1 nur anzuwenden, wenn der oder die Antragsteller zur Vertretung der juristischen Person oder der Gesellschaft berechtigt sind.“

„***§ 19 Überschuldung*** 22

(1) Bei einer juristischen Person ist auch die Überschuldung Eröffnungsgrund.

(2) ***Überschuldung*** *liegt vor, wenn das Vermögen des Schuldners die bestehenden Verbindlichkeiten nicht mehr deckt, es sei denn, die* ***Fortführung*** *des Unternehmens in den nächsten* ***zwölf Monaten*** *ist nach den Umständen* ***überwiegend wahrscheinlich****. Forderungen auf Rückgewähr von Gesellschafterdarlehen oder aus Rechtshandlungen, die einem solchen Darlehen wirtschaftlich entsprechen, für die gemäß § 39 Abs. 2 zwischen Gläubiger und Schuldner der Nachrang im Insolvenzverfahren hinter den in § 39 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 bezeichneten Forderungen vereinbart worden ist, sind nicht bei den Verbindlichkeiten nach Satz 1 zu berücksichtigen.*

(3) Ist bei einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit kein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person, so gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend. Dies gilt nicht, wenn zu den persönlich haftenden Gesellschaftern eine andere Gesellschaft gehört, bei der ein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person ist.“

Bei **weiteren fachlichen Fragen** zu Ihren Pflichten oder dem pflichtgemäßen Vorgehen, zögern Sie bitte nicht einen im Gesellschaftsrecht fachkundigen Juristen, z.B. RA Hans Schlau, Schlaustraße 14, 34567 Schlaustadt, zu Rate zu ziehen. 23

Eine zeitnahe Kontaktaufnahme mit Herr RA Schlau wird von uns in jedem Fall empfohlen. 24

Für Fragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

XXX
WP/StB

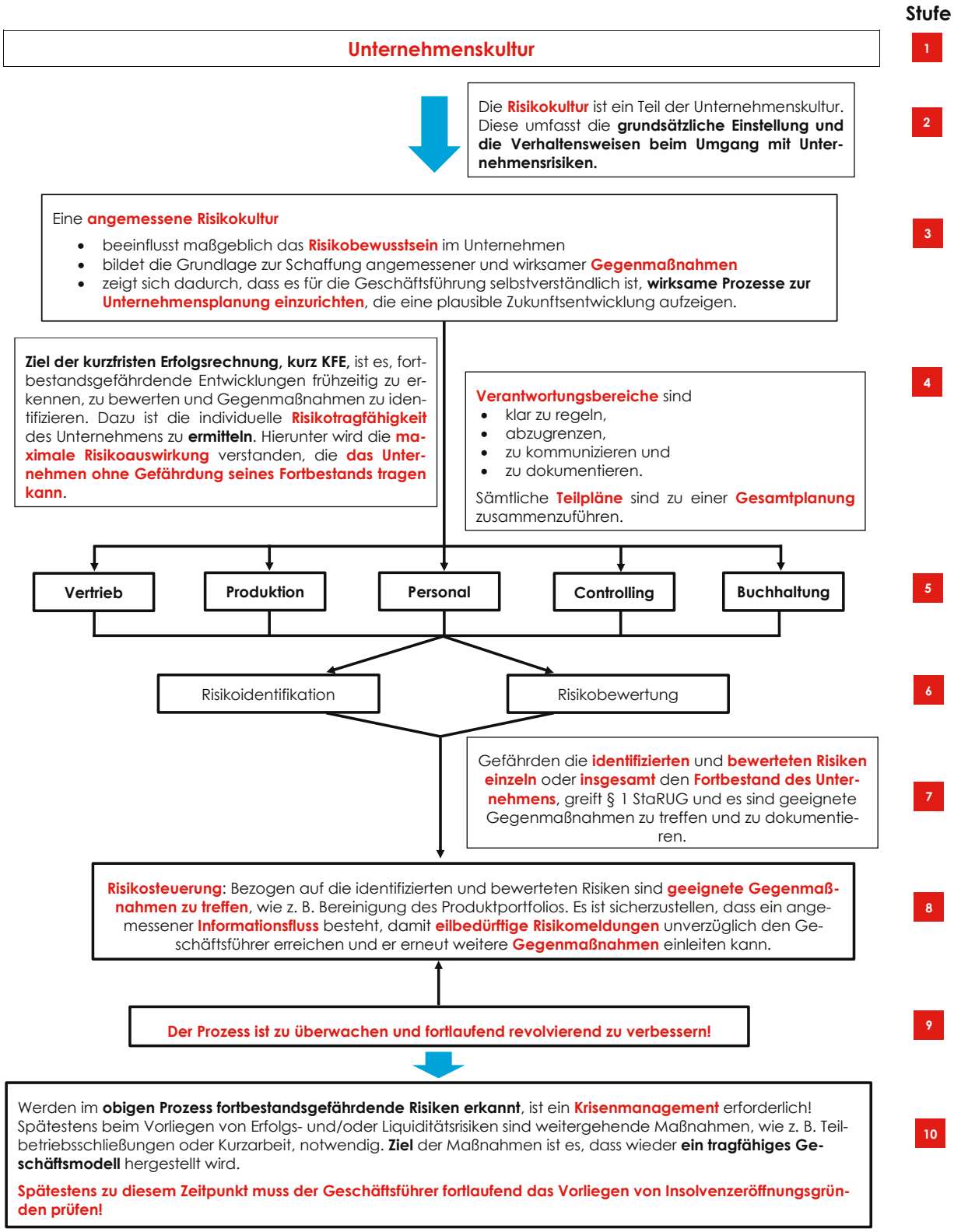
Die vorstehenden Inhalte wurden besprochen und verstanden.

Frau Muster

Herr Muster

IDW S 16 und § 1 StaRUG – 10 Stufen-Prozess

10 Stufen-Prozess der Krisenfrüherkennung (KFE) und des Krisenmanagements



©

IDW S 6 – Unverbindliches Muster für Schlussbemerkung zur Zusammenfassung (exemplarisch)

1 *„Ich war / Wir waren beauftragt, das in voranstehendem Bericht dargestellte Sanierungskonzept für die XY-Gesellschaft zu erstellen. Das Sanierungskonzept wurde auf Grundlage des zwischen der Gesellschaft und mir / uns geschlossenen Auftrags, dem die berufsüblichen Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 01.01.2017 zugrunde liegen, erstellt.*

2 ***Ich habe meiner / Wir haben unserer Erstellungstätigkeit den IDW Standard: Anforderungen an Sanierungskonzepte (IDW S 6) zugrunde gelegt. Dieser IDW Standard legt die Grundsätze dar, nach denen Wirtschaftsprüfer Sanierungskonzepte erarbeiten.***

3 *Im Rahmen meiner / unserer* ***Erstellungstätigkeit*** *habe ich / haben wir auf Basis meiner / unserer* ***Analysen der Ist-Lage und der Krisenursachen*** *in* ***Abstimmung mit den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft*** *vor dem* ***Hintergrund des Leitbilds des sanierten Unternehmens geeignete Sanierungsmaßnahmen erarbeitet*** *und die* ***Auswirkungen der ergriffenen und geplanten Maßnahmen in die integrierte Vermögens-, Finanz- und Ertragsplanung überführt****.*

4 *Die* ***gesetzlichen Vertreter*** *haben sich das* ***Sanierungskonzept und das dem Konzept zugrunde liegende Leitbild zu eigen gemacht****. Bei ihnen liegt die* ***Verantwortung*** *für die* ***Umsetzung, kontinuierliche Überwachung und Fortschreibung des Sanierungskonzepts****. Aufgabe der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft war es, mir / uns* ***die für die Auftragsdurchführung erforderlichen Informationen vollständig und richtig zur Verfügung zu stellen****.*

5 *Auf die beigefügte Vollständigkeitsklärung wird verwiesen. Ergänzend haben wir / uns* ***die gesetzlichen Vertreter erklärt****, dass sie* ***beabsichtigen und in der Lage sind, die zur Sanierung erforderlichen und im Sanierungskonzept beschriebenen Maßnahmen umzusetzen****.*

6 ***Auftragsgemäß*** *war es* ***nicht*** *meine / unsere Aufgabe, die dem* ***Sanierungskonzept zugrunde liegenden Daten nach Art und Umfang einer betriebswirtschaftlichen Prüfung i.S.d. § 2 Abs. 1 WPO (z. B. einer Jahresabschlussprüfung) zu prüfen****. Ich habe / Wir haben hinsichtlich der in das Sanierungskonzept eingeflossenen wesentlichen Daten* ***Plausibilitätsbeurteilungen*** *durchgeführt.*

7 *Die dem Konzept beigefügte integrierte* ***Planung weist künftige Liquiditätsüberschüsse und zum Ende des Betrachtungszeitraums ein positives Eigenkapital*** *aus. Das Sanierungskonzept beschreibt die* ***für eine positive Fortbestehensprognose und darüber hinaus die für die Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit der … [Mandant] erforderlichen Maßnahmen.***

8 *Im Rahmen meiner / unserer Tätigkeit bin ich / sind wir zu der* ***abschließenden Einschätzung*** *gelangt, dass aufgrund* ***der im vorliegenden Sanierungskonzept beschriebenen Sachverhalte, Erkenntnisse, Maßnahmen und plausiblen Annahmen das Unternehmen bei objektiver Betrachtung mit überwiegender Wahrscheinlichkeit saniert werden kann.***

9 *Dabei fanden insbesondere folgende Rechtsprechungsgrundsätze Anwendung:*

- *Das Sanierungskonzept geht von den* ***erkannten und erkennbaren tatsächlichen Gegebenheiten des Unternehmens*** *aus und ist durchführbar.*
- *Mir / uns* ***haben die erforderlichen Buchhaltungsunterlagen des Unternehmens vorgelegen****. Die Geschäftsführung hat mir / uns dies in einer* ***Vollständigkeitserklärung*** *bestätigt.*
- *Das Sanierungskonzept enthält eine* ***Analyse der wirtschaftlichen Lage*** *des Unternehmens im Rahmen seiner Wirtschaftsbranche und erfasst die Krisenursachen.*
- *Das Sanierungskonzept beurteilt die* ***Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zutreffend****.*
- *Das Sanierungskonzept enthält eine* ***positive Fortbestehensprognose****.*
- *Das Sanierungskonzept zeigt auf, dass das Unternehmen* ***objektiv sanierungsfähig ist*** *und die für seine Sanierung konkret in Angriff genommenen* ***Maßnahmen insgesamt objektiv geeignet sind****, das* ***Unternehmen in überschaubarer Zeit durchgreifend zu sanieren****.*
- *Das Sanierungskonzept belegt, dass nach Durchführung der Sanierungsmaßnahmen* ***die Rentabilität der unternehmerischen Tätigkeit wiederhergestellt werden kann****.*
- ***Das Management hat bestätigt, das vorliegende Sanierungskonzept umzusetzen****."*

Sachverhalt: Liquiditätsrisiken bei der Gut und Günstig GmbH

TZ

Die Gut und Günstig GmbH erstellt ihren Jahresabschluss zum 31.12.2024 unter der **Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit.** 1

I. Liquiditäts- und Rückzahlungsverpflichtungen zum Bilanzstichtag 2

Zum Bilanzstichtag bestehen im Wesentlichen folgende **Finanzierungs- und Rückzahlungsverpflichtungen.** 3

1. Unternehmensanleihe 7,5 Mio. EUR 4

Eine von der Gesellschaft begebene **Unternehmensanleihe 2021/2025** über ursprünglich 8,0 Mio. EUR wird **am 30. Juni 2025 fällig**. 5

Zum Bilanzstichtag valutiert hiervon noch ein **Rückzahlungsbetrag von 7,5 Mio. EUR**. 6

2. Privatdarlehen 3,5 Mio. EUR 7

Daneben bestehen **zwei** Privatdarlehen von Investoren: 8

- **Darlehen A:** 2,0 Mio. EUR, fällig am **31.08.2025**
- **Darlehen B:** 1,5 Mio. EUR, fällig am **30.09.2025**

3. Rückzahlungsverpflichtung von Corona-Hilfen 1,2 Mio. EUR 9

Zusätzlich besteht eine mögliche Rückzahlungsverpflichtung aus Corona-Hilfen in Höhe von 1,2 Mio. EUR, welche eine **aktuelle Fälligkeit in 2025** haben.

Nach derzeitiger Einschätzung der Gesellschaft könnte dieser Betrag am **31.07.2025** zur Zahlung angefordert werden, **sofern kein beantragter Zahlungsaufschub bewilligt** wird. 10

Damit ergeben sich im Zeitraum von **Juni bis September 2025** potenziell **liquiditätswirksame Verpflichtungen** von **insgesamt** 12,2 Mio. EUR. 11

II. Liquiditätsplanung der Gut und Günstig GmbH (Auszug) 12

Die **Liquiditätsplanung** der Gesellschaft vom **15.02.2025** geht davon aus, dass diese Verpflichtungen wie folgt bewältigt werden: 13

- **Platzierung einer neuen Anleihe** mit einem Emissionsvolumen von **6,0 Mio. EUR** bis **30.06.2025** 14
- **Verlängerung** des **Darlehens A** um weitere **24 Monate.** 15
- **Ablösung des Darlehens B** durch einen neuen privaten Kapitalgeber bis **30.09.2025** 16
- **Bewilligung eines Zahlungsaufschubs** für die Corona-Rückforderung **mindestens bis 31.03.2026**. 17
- **Zusätzlicher positiver operativer Cashflow im zweiten Halbjahr 2025 von 1,0 Mio. EUR** 18
- **Frei verfügbare liquide Mittel** im Sommer 2025 in Höhe von **1,8 Mio. EUR.** 19

Zum Zeitpunkt der Abschlussaufstellung am **28.03.2025** liegen jedoch

- **weder eine vollständig gesicherte Platzierung** der neuen Anleihe
- **noch verbindliche Verlängerungszusagen** für sämtliche Privatdarlehen vor.
- Auch **über der die beantragte Stundung** für die Rückforderung der Corona-Hilfen ist **noch nicht entschieden.**

Bereits das **Scheitern einzelner Maßnahmen** kann daher **zu einer erheblichen Liquiditätsunterdeckung führen.**

Mehrere

- **für sich genommen beherrschbar** erscheinende Risiken
- können in ihrer **Kombination**
- **eine wesentliche Unsicherheit**
- hinsichtlich der **Unternehmensfortführung** begründen.

Frage:

Wie könnte diese Unsicherheit in der Berichterstattung des Abschlussprüfers berücksichtigt werden?

Verknüpfung Prüfungsbericht „Lage des Unternehmens“ - Bestätigungsvermerk

Prüfungsbericht

Im **Prüfungsbericht** werden die Risiken mit **Beträgen, Fälligkeiten und Planungsannahmen konkretisiert dargestellt.**

Tz.

1 **A. Prüfungsauftrag und Unabhängigkeit**

2 **B. Grundsätzliche Feststellungen**

3 **I. Lage des Unternehmens**

4 **1. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter**

5 **2. Entwicklungsbeeinträchtigend oder bestandsgefährdende Tatsachen**

6 *„Der Jahresabschluss wurde unter **Zugrundelegung der Annahme der Unternehmensfortführung** gemäß § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB aufgestellt.*

7 *Die **Finanzierung** der Gesellschaft basiert zum 31.12.2025 im Wesentlichen auf einer ausgegeben **Unternehmensanleihe** in Höhe von 7,5 Mio. EUR, die am 30.06.2025 fällig wird. Des Weiteren bestehen **Privatdarlehen von Investoren** in Höhe von 3,5 Mio. EUR, die mit 2,0 Mio. EUR am 31.08.2025 und mit 1,5 Mio. EUR am 30.09.2025 fällig werden.*
*Darüber hinaus besteht noch eine **Rückzahlungsverpflichtung aus Corona-Hilfen** in Höhe von 1,2 Mio. EUR, welche eine aktuelle Fälligkeit am 31.07.2025 haben.*

8 *Im Lagebericht wird ausgeführt, dass die **Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft** auf der Grundlage der Liquiditätsplanung **gegeben** ist.*

9 *Nach der von den gesetzlichen Vertretern aufgestellten Liquiditätsplanung ist **die Zahlungsfähigkeit** der **Gesellschaft nur dann sichergestellt, wenn mehrere wesentlichen Finanzierungsmaßnahmen erfolgreich umgesetzt** werden. Dies betrifft insbesondere*

10 *- die **Refinanzierung** der am 30.06.2025 fälligen **Unternehmensanleihe** in Höhe von 7,5 Mio. EUR,*
*- die **Verlängerung oder Ersetzung** von bis spätestens 30.09.205 fälligen **Privatdarlehen** in Höhe von 3,5 Mio. EUR sowie*
*- die Annahme, dass eine mögliche **Rückzahlungsverpflichtung von staatlichen Corona-Hilfen** in Höhe von 1,2 Mio. EUR **gestundet** wird und damit **nicht kurzfristig liquiditätswirksam** wird.*

11 *__Zum Zeitpunkt unserer Prüfung lagen__ für diese **Annahme noch keine vollständig gesicherten Nachweise** vor. Sollten die **geplanten Maßnahmen nicht oder nicht rechtzeitig umgesetzt** werden können, besteht **das Risiko**, dass die Gesellschaft ihren **Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht** nachkommen kann.*

12 *__Diese Unsicherheiten__ hinsichtlich der Refinanzierungsmaßnahmen stellen eine **bedeutsame Unsicherheit in Bezug auf die Zahlungsfähigkeit** der Gesellschaft und somit der Annahme der Unternehmensfortführung dar. Somit handelt es sich um ein **bestandsgefährdendes Risiko.***

13 *Die **Geschäftsführung** geht unter Würdigung der bisherigen Erfahrungen davon aus, dass die **Unternehmenstätigkeit fortgeführt** wird.*

14 **C. Gegenstand, Art und Umfang der Abschlussprüfung**
I. Gegenstand der Abschlussprüfung
.....

Bestandsgefährdende Risiken müssen sich **sowohl**

- **im Prüfungsbericht** als auch im
- **Bestätigungsvermerk**

wieder finden

Bestätigungsvermerk

Im **Bestätigungsvermerk** wird derselbe Sachverhalt **verdichtet und prüfungsrechtlich eingeordnet.**

Tz.

1 *An die Gut und Günstig GmbH, Forchheim*

2 ***Prüfungsurteile***

.....

3 ***Grundlage für die Prüfungsurteile***

.....

4 ***Wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit***

5 *Wir verweisen auf die Angaben im Abschnitt X im Anhang sowie die Angaben im Abschnitt Y des Lageberichts, in denen die gesetzlichen Vertreter beschreiben, dass die **Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft auf Basis der vorliegenden Liquiditätsplanung gegeben** ist. Diese Annahme basiert auf den wesentlichen Planungsannahmen des Erreichens der operativen Umsatz- und Ergebnisplanung, die rechtzeitige Ablösung oder Verlängerung auslaufender Finanzierungen sowie die Stundung der Rückzahlung von staatlichen Corona-Hilfen durch die zuständigen staatlichen Stellen.*

6 *Wie in Abschnitt X im Anhang und Abschnitt Y des Lageberichts dargelegt weisen diese Umstände darauf hin, dass eine **wesentliche Unsicherheit** besteht, die **bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit** des Unternehmens begründen kann, seine Geschäftstätigkeit **dauerhaft fortzuführen** und die ein **bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB darstellt.***

7 *Bezüglich dieses Sachverhalts sind **unsere Prüfungsurteile** zum Jahresabschluss und Lagebericht **nicht modifiziert**.*

Annahmen der Geschäftsführung plausibel, so dass **going-concern-Bilanzierung akzeptabel**; **Risken im Anhang und Lagebericht** vollständig dargestellt.

8 ***Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht***

.....